

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 156 (1990)

Heft: 10

Artikel: Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS)

Autor: Ledergerber, Elmar / Seethaler, Frank A.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-60357>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Friedens- und Sicherheitspolitik der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS)

Replik von Elmar Ledergerber*

Da fordert Frank A. Seethaler (FAS) in seinem letzten Satz «eine Mässigung im Ton», was der Ernsthaftigkeit des Diskurses förderlich sein könnte, operiert und argumentiert aber selber von A bis Z verbissen, verbiestert und aggressiv. Die «kriti-

Elmar Ledergerber,
Dreikönigstrasse 51, 8002 Zürich;
Lic. phil. hist., Dr. oec. HSG;
Mitglied Geschäftsleitung
INFRAS (Infrastruktur- und
Entwicklungsplanung Zürich);
Nationalrat (SPS); Oblt.,
ACSoF, Stab Betreu. Abt. 92.

sche Stellungnahme» wimmelt von Unterstellungen, Anwürfen und Beschuldigungen, die sich gar nicht auf den Text beziehen, sondern offensichtlich zum gängigen Ritual der Kritikbewältigung gehören.

Dieser Reflex ist allerdings heute nicht mehr sehr hilfreich (wenn er es überhaupt je war). Denn im Gegensatz zu einer der Unterstellungen von FAS sind das Malaise und die Sinnkrise, in der die ganze Gesamtverteidigung, nicht nur die Armee, steckt, keine Folge einer «immer wieder durchschlagenden, boshafte und destruktiven Kritik an Armee und Zivilschutz» von unserer Seite. Sie sind auch nicht «die Folge fehlenden staatsbürgerlichen Interesses, unklarer Informationen und mangelnden Nachdenkens über machtpolitische Zusammenhänge» oder das Resultat «individualistisch und hedonistisch gesteuerter Lebens-einstellungen».

Der militärische Apparat und seine Vordenker-Generäle müssten einmal das Undenkbare denken und davon ausgehen, dass tatsächlich und wirklich die Leute nicht mehr so ungebrochen an diese Landesverteidigung glauben, weil Ideologie, Formen und Sprache dieser Institution nicht mehr stimmen. Dass Schweizer, ja gute Schweizer, zunehmend daran zweifeln, ob dieser Apparat jene Sicherheit noch produzieren kann und muss, die er verspricht.

Diese Zweifel haben sich in den letzten zwölf Monaten praktisch zur Sicherheit erhärtet. Da helfen Durchhalteparolen im Stile von FAS auch nicht mehr weiter, Durchhalteparolen, die insinuierten, wenn doch nur auch die SPS an ihrer Einstellung zur Landesverteidigung von anno 45 festhielte und wenn sie doch nicht ihre Forderungen «in dieser Schroffheit» stelle, dann, ja dann hätten wir noch den gleichen

ungebrochenen Konsens wie eh und je. Diese Auffassung ist so falsch wie gefährlich.

Die Zweifel, ob wir mit unserer Sicherheitspolitik noch richtig liegen, sind heute auch bereits tief in die Köpfe der Milizoffiziere aller Grade eingedrungen. Strammstehen wird da nicht mehr lange helfen!

Was wir heute brauchen, ist eine offene sicherheitspolitische Debatte, die vor keinen Tabuzonen halt machen muss, die selbst die traditionsreichsten helvetischen Beschwörungsformeln in Frage stellen darf und muss. Wir brauchen neue Antworten auf alte Fragen: Welchen Risiken sind wir ausgesetzt? Welche Risiken können wir mit welchen Kosten und Nebenfolgen mindern? Welche wollen wir verringern? Welche Mittel benötigen wir dazu?

Die Antworten auf diese Fragen werden heute mit Sicherheit anders ausfallen, als noch vor wenigen Jahren. Diese Aufgabe steht uns noch bevor. Sie wird nicht in einem halben Jahr mit einem übers Knie gebrochenen neuen Sicherheitsbericht zu erledigen sein. Auf dem Hintergrund des Umbruchs in Europa und einer neuen möglichen Friedensordnung sind auch die 14 Thesen der SPS überholt.

Ich will im folgenden noch auf **einige spezifische Punkte** und Unterstellungen eingehen. Die Passagen von FAS, auf die ich Bezug nehme, sind *möglichst wörtlich* wiedergegeben und jeweils *kursiv gesetzt*:

■ «... nimmt der Text Anleihen auf, die nicht auf helvetischem Mist gewachsen sind...»

Dieses Kompliment kann man FAS leider nicht machen.

■ «Dass die ausgreifende Komponente unserer Sicherheitspolitik zu wenig bekanntgemacht und nicht selten bagatellisiert wird, legt den Verdacht nahe, dass es sich hierbei um desinformatorische Taktik handelt: unsere aktive Friedenspolitik stört das (Feind-) Bild der (absolut armeelastigen) (sprich: militarisierten) Gesamtverteidigung!» Na bitte, billiger geht's nicht mehr.

■ «Verfehlt ist jedoch sicher, die eine Bedrohung gegen die andere ausspielen zu wollen, wie es der sozialdemokratische Ansatz tut.» Ein Gegeneinanderausspielen beispielsweise der ökologischen Risiken mit der Gefahr militärischer Bedrohungen ist sicher nicht richtig. Man kann ja auch durch beides zu Tode kommen. Aber man muss sehr wohl abwägen, wieviele Mittel man zur Verminderung des einen oder anderen Risikos aufwenden will. Denn unsere Ressourcen, die wir zur Gefahrenabwehr gesamthaft aufbringen können, sind be-

grenzt. Und unter diesem Aspekt muss man eindeutig festhalten, dass eine andere Mittelverteilung als heute, die zu Lasten der militärischen Landesverteidigung dem Umweltschutz, der Klimaschutzpolitik und der Entschärfung des Nord-Süd-Gefälles mehr Mittel zuweist, gesamthaft eine grössere Risikominderung erbringen würde.

■ «Der immer wieder von der SP verwendete agitatorische Begriff der Militarisierung (des Zivilschutzes) ist unangebracht. Solche Diffamierungssemantik – von der deutschen Szene linksintellektueller Aktivisten übernommen – wirkt peinlich und lächerlich zugleich.» Peinlich ist doch wohl eher der ärmliche Argumentationsersatz von FAS. Immerhin werden in unserer Forderung 7, die sich gegen die Militarisierung des Zivilschutzes wendet, Belege angeführt. Es ist leider so, dass die heute offiziell diskutierten Ansätze, die den Zivilschutz aus der Krise führen sollen, eine Übernahme von Formen und Strukturen aus der Armee zum Ziel haben: Uniformierung, stärkeres Disziplinarrecht und Hierarchisierung, Offiziere als Kader, bewaffnete Gemeindefriedenskräfte usw. Was hier die deutsche linksintellektuelle Szene soll? Sind das wohl Erkenntnisse der Art, wie sie der Staatsschutz in der Vergangenheit geliefert hat?

■ «Die Forderung (in Friedenszeiten untersteht die Armee den gesetzlichen Vorschriften des Umweltschutzes und der Raumplanung) ist selbstverständlich und es wird ihr auch nachgelebt. Etwas anderes ist nicht wahr.» Hier irrt FAS oder müsste ich jetzt auch von desinformatorischer Taktik sprechen? Tatsache ist, dass für alle militärischen Bauten und Anlagen das Parlament Bewilligungsbehörde ist. Der Entscheid des Parlamentes entspricht der im zivilen Bereich benötigten Baubewilligung der kommunalen und kantonalen Baubehörden. Es gibt keine weitere Kontrollinstanz, die irgendwelche Auflagen machen könnte.

Auf Stufe Parlament und Militärkommission sind jedoch die zu bewilligenden Projekte in der Regel erst bis auf Stufe Grobprojektierung konkretisiert. Der ganze, zivil sonst übliche und notwendige Prozess der verbindlichen und kontrollierten Auflagen findet im Bereich EMD schlicht nicht statt. Das Eidg. Parlament kann von seiner Struktur her die Funktion einer Baubehörde nicht wahrnehmen und soll das auch nicht müssen. Mit anderen Worten, das EMD baut so ziemlich an allen raumplanerischen und umweltschützerischen Entscheidungs- und Bewilligungsinstanzen vorbei.

Falls bei gewissen Projekten eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgt, sind die dabei erarbeiteten Verbesserungsvorschläge ohne jede rechtliche Relevanz und

* Vgl. ASMZ 9/90, Seite 503

können von keiner Instanz überwacht oder eingeklagt werden. Die anscheinend gute und von allen Seiten geschätzte einvernehmliche Zusammenarbeit mit den Kantonen wird von den kantonalen Baudirektoren in ganz anderen Tönen geschildert. Da müssen Sie mal hinhören, Herr Seethaler.

Es liesse sich noch vieles zu den Ausführungen von FAS anmerken. Der Platz fehlt hier dafür. Sicher ist, dass noch einige Zeit

vergehen wird, bis wir in der Schweiz zu einem neuen tragenden Konsens in der Sicherheitspolitik kommen werden. Viel wird davon abhängen, wie sich der europäische Einigungsprozess weiterentwickelt und ob er, wie man heute erwarten darf, auch zu einer neuen europäischen Friedensordnung führen wird. Daran wären wohl auch die wiedererstehenden Demokratien in Mitteleuropa beteiligt. Dann wird auch für die Schweiz sowohl die Bedrohungsanalyse wie das Konzept der Sicherheitspolitik wesentlich anders aussehen als heute, respektive gestern.

Hinsicht. Diese Regelung entspricht unserer Gesetzgebung. Sollte sich diese nicht bewähren – was offenbar unterstellt wird – kann man sie ändern. Jedenfalls fliessen auch Impulse kantonalen und kommunaler Behörden laufend in die Planungen ein, und die Zusammenarbeit wird bis zur Projektrealisierung weitergeführt. Nach Aussage der zuständigen Amtsstelle im EMD sei diese Praxis aktenkundig und beweisbar. Da im EMD Unstimmigkeiten mit kantonalen Behörden nicht bekannt sind, desavouiert Herr Ledergerber auch noch diese.

Duplik von Frank A. Seethaler

Eingedenk der hubacher'schen Weisung an seine Epigonen, künftig «schampar un-bequem» zu politisieren, mag es erstaunen, dass sich der Disputpartner über Stil und Diktion in einem Streitgespräch, wie wir es hier führen, aufhält und gleich noch Zen-

Frank A. Seethaler,
Dennigkofenweg 71a, 3073 Gümligen;
Dr. iur.; 1949 Instr Of Inf;
ehemaliger Kdt der Gst Kurse,
Stabschef FAK 4 und Kdt F Div 6;
1982 bis 1986 Chefredaktor ASMZ;
heute gelegentliche Publikationen
zur Sicherheitspolitik.

suren verteilt. Da sind wir doch von der sozialistischen Führungsequipe, inner- und ausserparlamentarisch, an ganz andere Töne gewöhnt!

Inhaltlich bringt die Replik nicht viel Neues. Dennoch sind zwei Punkte von besonderem Interesse:

1. Der Hinweis, dass auch die 14 Thesen der SPS als überholt zu gelten haben.
2. Die Erkenntnis, dass für die Parteileitung eine Armee und eine Gesamtverteidigung, die nicht ihrer Ideologie entspricht, für sie nicht akzeptabel und damit nicht konsensfähig sein kann.

Damit liesse sich der Disput in der ASMZ eigentlich schliessen. Der Vollständigkeit halber sei dennoch auf die in der Replik (nochmals) aufgeworfenen Fragen kurz eingegangen.

Stichwort:
Risikominderung und Mittelverteilung

Vorläufig und noch auf unbestimmte Dauer besteht ein erhebliches sicherheitspolitisches Restrisiko. «Gefahren können plötzlich, unvorhergesehen und von unerwarteter Seite auftreten» (Präsident Bush, 2.8.90, aus Anlass der irakischen Invasion in Kuwait). Für ein zuverlässiges europäisches Sicherheitssystem sind mindestens drei Voraussetzungen unerlässlich: 1. Allgemeine strukturelle Nichtangriffsfähigkeit; 2. funktionierende Rüstungssteuerung zwischen den Streitkräften; 3. freiheitlich-demokratische Rechtsstaatlichkeit in allen Ländern. Es ist unwahrscheinlich,

dass diese «Dreifaltigkeit des Friedens» vor dem Jahre 2000 erreicht ist.

Die Mittel für die Gesamtverteidigung müssen so bemessen sein, dass diese ihre dissuasive Funktion und ihre Aufgabe im Konfliktfall erfüllen kann, selbst dann, wenn die Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Verwicklung geringer erscheint als andere Gefahren. Praktisch läuft aber die sozialistische Wehrpolitik seit Jahren darauf hinaus, die als notwendig ausgewiesenen Investitionen in Ausrüstung und Ausbildung in einem Masse zu kürzen, dass die Erfüllung des Auftrages in Frage gestellt würde. Ein solches Verhalten hat mit seriöser Sicherheitspolitik nichts mehr gemein. Da wird Landesverteidigung zur Selbsttäuschung und zum frivolen Hasardspiel.

Stichwort:
Militarisierung des Zivilschutzes

Es ist unverständlich, dass man sich an «einer Übernahme von Formen und Strukturen aus der Armee» stossen kann. Offenbar liegt es ausserhalb des Vorstellungsvermögens der SP-Politiker, dass in einer Grosskatastrophe auch Plünderungen und Gewaltexzesse vorkommen könnten. Dem ist durch Uniformierung und Bewaffnung zu begegnen. Ein für Extremlagen geschaffener Verband kommt ohne (hierarchische) Führungsorganisation sowie klare und durchsetzbare Verhaltensregeln nicht aus.

Stichwort:
EMD und Raumplanung bzw. Umweltschutz

Die Behauptung, «das EMD baut so ziemlich an allen Entscheidungs- und Bewilligungsinstanzen vorbei», ist schon ein starkes Stück. Mit solcher Pauschalabqualifizierung im Boulevardpressstil ist der Sache kein Dienst erwiesen. Dabei wäre im konkreten Bestandungsfall der Weg vom Nationalratssaal zur Direktion der Eidg. Militärverwaltung keine hundert Meter weit. Die Baubotschaftsprojekte weisen, entgegen anderslautenden Behauptungen, einen weit höheren Konkretisierungsgrad auf als Grobprojekte. Die Kommissionen der Eidgenössischen Räte beurteilen die Botschaftsprojekte auch in technischer

Um im Sinne des Disputpartners die sicherheitspolitische Debatte noch weiter zu öffnen und «vor keinen Tabuzonen halt zu machen», seien meinerseits noch einige Probleme kurz angesprochen.

■ Warum vermeiden junge Sozialdemokraten eigentlich die Offizierslaufbahn, und warum gibt es praktisch keine SP-Mitglieder, die zu höheren Dienstgraden aufsteigen? Dies, obwohl die Mehrheit der Offiziere aus Familien stammt, deren Vater nicht Offizier ist oder war. Findet hier eine Art ideologische Indoktrination statt mit dem Zweck, den frisch'schen Spruch: «Die Armee ist die Leibgarde des Bürgertums» zu bestätigen? In anderen europäischen Ländern ist das anders.

■ Wenn schon die «Vordenker-Generäle» nicht in der Lage waren, das «Udenkbare zu denken», warum hat es dann die SP unterlassen, konstruktive Vorschläge zur Verbesserung des Wehrklimas einzubringen, anstatt behauptete Missstände pauschal und polemisch anzuprangern? Es wäre verdientlich gewesen, zur Durchsetzung der «Oswaldreformen» in ihren wichtigen Teilen – Menschenführung, Instruktorenproblem, Übungsgelände – beizutragen. Gerade in der praktischen Leerlaufbekämpfung durch Schaffung effizienter Ausbildungsanlagen betreiben die Parteigenossen der SP ja offenkundige *Obstruktionspolitik*.

■ Wenn, wie behauptet wird, sogar «gute Schweizer zunehmend daran zweifeln, ob dieser Apparat jene Sicherheit noch produzieren kann und muss, die er verspricht», so ist das nicht zuletzt der *destruktiven Publizistik* sozialistischer Exponenten zuzuschreiben. Die Art und Weise, wie mit politischen Statements, spektakulären Auftritten und unter Anzettlung überbordender Medienkampagnen versucht wird, zu jedem Projekt auf dem Gebiet der Gesamtverteidigung eine Ablehnungsstimmung im Volk zu erzeugen, ist skandalös und Beispiel politischer Unkultur. In den letzten Jahren wurde die Gesamtverteidigung ständig an das sich verändernde Umfeld angepasst und auf allen Führungsebenen einer intensiven und erfolgreichen Schulung unterzogen. Diese mit Schweigen zu übergehen, zeugt von ungenügendem Informationsstand.

Gerade in diesem Bereich ist eine deutliche Diskrepanz zwischen ernsthafter sicherheitspolitischer Bildungsarbeit der Behörden aller Stufen einerseits und der lärmigen, oberflächlichen und inhaltsarmen veröffentlichten Meinung samt ihrer

Negativkritik an unserer Sicherheitspolitik andererseits festzustellen. (Die Lektüre der Ansprache von Bundesrat Stich anlässlich der Gesamtverteidigungsübung 1988 würde den Genossen vielleicht etwas Erleuchtung bringen.)

Die Ausführungen eines Mitgliedes der parlamentarischen Fraktion und Vorsitzenden des sicherheitspolitischen Ausschusses der SPS haben deutlich werden lassen, dass es sich bei den erörterten Differenzen nicht nur um einzelne Sachfragen handelt, sondern um die grundsätzliche Ablehnung des zum Begriff Eidgenossenschaft gehörigen Unabhängigkeits- und Selbstbehauptungsdenkens.

Die Parteileitung der SPS vertritt eine «Friedens- und Sicherheitspolitik», in der die Komponente «Landesverteidigung» eine völlig untergeordnete, allenfalls noch symbolische Rolle spielt. Um diese Umwertung zu erreichen, scheut sie sich nicht, einen ideologischen Bürgerkrieg zu führen. Dieser ist gekennzeichnet durch *opportunistische Aggressivität*. Das Verhalten der Genossen im realen Politalltag beweist es. Fragwürdige Friedenstheoreme und vorlaute Menschlichkeitsdeklamationen allein überzeugen nicht und bleiben Fassade; durch ihre Ritzen schimmert nur allzu häufig der postmarxistische Nihilismus.

Es geht der SPS-Führung doch gar nicht um eine moderne, ausgewogene und «bes-

sere» Sicherheitspolitik. Auf dem Wege zur Überwindung des von abendländischen Wertvorstellungen geprägten, auf hoher Eigenverantwortung ruhenden liberalen

Staates ist für sie die intakte Armee ein Stein des Anstosses. Der muss weg.

Bei solcher Einstellung wird sich kein Konsens finden lassen.

Herbstseminar vom 16. und 17. November 1990 in Sigriswil ob dem Thunersee Zur Sozialverträglichkeit unserer Armee

Unter dem obgenannten Titel hat sich der Schweizerische Arbeitskreis Militär + Sozialwissenschaften (SAMS), unabhängig von amtlichen Untersuchungen, als **Jahresthema** die Aufgabe gestellt, die herrschende **Akzeptanzkrise der Schweizer Armee** zu untersuchen und Folgerungen aus den Erkenntnissen zu ziehen.

Nachdem anlässlich der Frühjahrstagung (5. Mai 1990) mit Hilfe von zwei Referaten und einer Podiumsdiskussion eine erste grobe Darstellung der Problematik erfolgt ist, soll das Thema in einer Herbsttagung systematisch weiterbehandelt und vertieft werden.

Es besteht ferner die Absicht, die Ergebnisse der Tagung unverzüglich **auszuwerten** und dem EMD als **Aide Mémoire** zur Verfügung zu stellen.

Das Seminar wird sich auf **vier thematische Bereiche** konzentrieren:

1. Die Bedeutung der Information für die Landesverteidigung und die Armee
2. Menschenführung in der Armee
3. Instrumentale und organisatorische Probleme der Armee
4. Die Sinnfrage.

Zu Beginn der Tagung werden die vier Themen in Kurzreferaten eingeleitet. Anschliessend wird in ad hoc-Diskussionsgruppen weitergearbeitet. Zum Schluss sollen die Ergebnisse dem Plenum vorgetragen werden.

Als Referenten und Gruppenleiter werden kompetente Persönlichkeiten fungieren. Den Angemeldeten wird zirka 2 Wochen vor dem Seminar eine kleine Dokumentation zugelegt. Die Auswertung erfolgt im Anschluss an die Tagung durch eine Sondergruppe des SAMS.

Interessenten melden sich bei: SAMS, c/o Institut für Soziologie, Speichergasse 29, 3011 Bern (031/65 48 16).
L. Geiger

Für Manager/Verkäufer: Das wirksamste Führungs-System, das Sie heute finden können, um sich selbst, seine Familie, seine Mitarbeiter, die Firma und die Umwelt positiv zu beeinflussen.

Für Firmen: das Instrumentarium mit Megawirkung für ein professionelles Human Resources Management und -Development. Also Personalförderung und Firmaentwicklung mit System.

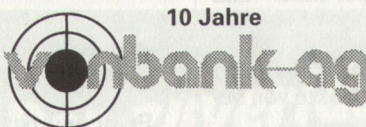
Für Firmen,
Selbständigerwerbende,
Unternehmer, Führungskräfte
Frontverkäufer

AMADEO

Professional
Human Resources Development
Hohlstrasse 192,
8004 ZH-Lochergut
01/276 95 58

Das einzigartige System, um Grenzen zu sprengen, das Mittelmass zu verlassen, sich den rasenden Veränderungen anzupassen. Sich beruflich, geschäftlich und privat in einer unvorstellbaren Art und Weise profilieren. Info-Broschüre verlangen! Info-Abende 19-21 Uhr:

ZH	05.9.	17.10.	21.11.	05.12.	09.1.	Kongresshaus
BS	06.9.	18.10.	22.11.	06.12.	10.1.	Schweizerhof
BE	12.9.	24.10.	28.11.	12.12.	16.1.	Schweizerhof
LU	13.9.	24.10.	29.11.	13.12.	17.1.	Manopol



10 Jahre

Schiessschule
Sicherheitsdienst
Waffenhandel

Altmansteinstrasse 22, CH-8181 Höri/ZH
Telefon 01 860 93 35, Natel 077 64 24 73

Leitung: Marcel Geering, ehem. Beamter und Schiessinstruktor
Kantonspolizei Zürich

Weiterbildungskurse für Pistolenträger der Armee

Vorbereitung auf Bundesprogramm und Feldschiessen
Parcourschiessen.

Sie schießen in unserer hellen, bestens belüfteten 25-Meter-Innen-schiessanlage. Spezialrabatte für militärische Vereine und Organisationen.

Klein-Anzeigen

AMEF 1989 Dübendorf oder Air Show Sion 1989

als Videoaufzeichnung (VHS)

Nur Fr. 40.— bzw. Fr. 45.—

Zu beziehen durch:
L. Fritze, Grünaustrasse 21, 8624 Grüt